

# Positionspapier Glyphosat



- Unser Planet: auf Platz 1
- Eine moderne Landwirtschaft: unser Ziel
- Evidenzbasierte Agrarpolitik: der richtige Weg

## Leiter der AG:

Hans Ajiet Holtkamp

## Mitarbeiter der AG:

Constantin Huber  
Jens Peter Giersch  
Jessica Wittfeld

Freiheit. Fairness. Fortschritt.

Werde Mitglied und gestalte  
eine humanistische Zukunft!



## Inhaltsverzeichnis

0. Einleitung	1
1. Wirkungsweise	1
2. Auswirkungen	2
3. Produktion von Glyphosat	3
4. Interessenkonflikte	4
5. Zusammenfassung	4
6. Unsere Forderungen	5

## 0. Einleitung

Die Kontroverse um die Bewertung der Gefahren durch das Pflanzenschutzmittel Glyphosat beschäftigt Bürger, Politik und verschiedene Interessengruppen nun schon einige Jahre. In dieser Kontroverse geht es nicht nur um die Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt, sondern auch um die Einflussnahme der Industrie auf die Politik.

Dass Glyphosat jedoch ein vergleichsweise harmloses Mittel ist, ist inzwischen wissenschaftlich weitgehend anerkannt. Es hat sich gezeigt, dass Glyphosat im Vergleich zu anderen Unkrautbekämpfungsmitteln – auch aus dem Biolandbau – nicht nur weniger umwelt- und gesundheitsschädigend, sondern auch viel effektiver ist. Damit wird die Produktivität und der Ertrag der Landwirte gesteigert. Aufgrund des zu erwartenden Bevölkerungswachstums wird der Bedarf an Nahrungsmitteln und somit die landwirtschaftliche Produktion steigen. Eine Erhöhung des Ertrags trägt dazu bei, eine Ausdehnung der landwirtschaftlich genutzten Flächen zu minimieren und hat einen positiven Einfluss auf die Biodiversität und den Klimaschutz.

Es ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht sinnvoll, Glyphosat zu verbieten, denn dann müssten Verbraucher und Landwirte zu Substanzen greifen, die schädlicher, gesundheitlich bedenklicher und weniger effektiv sind und die Biodiversität und Umwelt stärker gefährden.

Dieser Disput betrifft somit nicht die wissenschaftliche Bewertung der Substanz, sondern die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit von Wissenschaftlern. Populismus oder irrationale Ängste sollten niemals dazu verleiten, wissenschaftliche Erkenntnisse bei politischen Entscheidungen zu ignorieren.

**Glyphosat ist ein vergleichsweise harmloses Mittel.**

Für uns bilden Fakten, wissenschaftliche Erkenntnisse und Expertenwissen die Basis, auf der wir unsere politischen Forderungen entwickeln.

## 1. Wirkungsweise

Glyphosat ist ein Blattherbizid. Es wird über alle grünen Pflanzenteile absorbiert und gelangt danach in die Wurzeln. Dort blockiert Glyphosat ein Enzym mit dem Namen EPSPS, welches für das Pflanzenwachstum benötigt wird. Eine Blockade dieses Enzyms unterbricht den Stoffwechsel und führt so zum Absterben nicht resistenter Pflanzen.

## 2. Auswirkungen

### Pflanzen und Tiere

Dieser Stoffwechsel (Synthese und Produktion von Aminosäuren durch EPSPS) findet nur in Pflanzen, Pilzen und Bakterien statt, sodass Menschen, Tiere und Insekten nicht betroffen sind.

In dieser Wirkungsweise unterscheidet sich Glyphosat von der Wirkungsweise fast aller anderen Pflanzenschutzmittel, die hier eine deutlich höhere Toxizität aufweisen.

### Medizinisch (karzinogen, genotoxisch)

Glyphosat wird von der Wissenschaft überwiegend als nicht krebserregend und genotoxisch bewertet. Zu dieser Einschätzung kommt nicht nur das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR, das von der rot-grünen Regierung im November 2002 unter Federführung der Grünen-Ministerin Renate Künast als unabhängige, wissenschaftliche und überparteiliche Instanz errichtet wurde). Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Welternährungsorganisation (FAO), die Joint Meeting for Pesticide Residues (JMPR) sowie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sind sich nach Bewertung der gesamten wissenschaftlichen Literatur einig, dass Glyphosat nicht krebserregend ist.

Lediglich die IARC (International Agency for Research on Cancer) stuft Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Für diese Einstufung verwendet sie eine andere, unserer Meinung nach verwirrende Skala, die ein theoretisches und nicht das reale Krebsrisiko behandelt, dem Landwirte und Konsumenten ausgesetzt sind: „krebserregend“ (1), „wahrscheinlich krebserregend“ (2A), „möglicherweise krebserregend“ (2B), „nicht einzustufen“ (3), „nicht krebserregend“ (4). Hierunter werden Substanzen zusammengefasst, die unter bestimmten Umständen zu Krebs führen können, ohne dass diese Umstände genauer benannt werden. Substanzen mit unterschiedlichen Krebsrisiken können damit in derselben

Kategorie eingestuft werden. Zu Gruppe 1 gehören beispielsweise verarbeitetes Fleisch, Tabakrauch, Asbest, UV-Strahlung und alkoholische Getränke. Glyphosat wird von der IARC in die Kategorie 2A eingestuft, zusammen mit rotem Fleisch, zum Doping eingesetzten anabolen Steroiden und dem Rauch von Kaminfeuer.

Diese Kategorisierung ist problematisch, da sie zu einer Verunsicherung der Verbraucher führt und keine wissenschaftlichen Erkenntnisse über die für die Praxis relevanten, tatsächlichen Krebsrisiken bringt.

**Glyphosat wird von der Wissenschaft überwiegend als nicht krebserregend bewertet.**

### Boden und Wasser

Nach der Behandlung mit Glyphosat werden verbleibende Reste durch Mikroorganismen im Grundwasser und Boden abgebaut.

Im Grundwasser ist Glyphosat nur in geringsten Mengen nachweisbar; insbesondere im Vergleich zu anderen Pflanzenschutzmitteln wird es schneller im Boden gebunden. Glyphosat wird in Gewässern ebenso wie in Ackerböden innerhalb eines Monats, in Waldökosystemen innerhalb eines Quartals abgebaut.

Durch die Glyphosatbehandlung müssen Ackerböden weniger gepflügt werden. Dies führt zu deutlich weniger Erosion des Bodens, verringert die Emissionen und eine Vernässung des Bodens wird verhindert. Ebenso wird einem Verlust organischer Substanz und dem Verlust an Biodiversität entgegengewirkt. Das Trocknen des geernteten Getreides wird überflüssig, wodurch sich der Arbeitsaufwand um 50% reduziert und weniger Maschinen benötigt werden. Durch die erhöhte Produktivität können Länder unabhängiger von Importen werden.

Die Verdampfung von Glyphosat ist aufgrund der geringen Flüchtigkeit vernachlässigbar.

Auch die Abdrift ist sehr gering, wobei sie natürlich abhängig vom Sprühgerät ist.

Trotz der im Vergleich zu anderen Herbiziden geringeren Abdrift muss auf eine zielgenaue Ausbringung mit moderner Sprühtechnik hingewiesen werden, um benachbarte Felder zu verschonen und das Risiko von Schäden an Nicht-Zielpflanzen zu minimieren.

### **Treibhausgasemissionen**

Je seltener Böden gepflügt werden müssen, desto weniger CO<sub>2</sub> wird aus diesen Böden freigesetzt. Außerdem können Treibhausgasemissionen, durch einen Verzicht der Umwandlung von Gras- in Ackerland zur Kompensierung niedrigerer Erträge und durch niedrigeren Kraftstoffverbrauch durch geringeren maschinellen Aufwand, deutlich verringert werden.

### **Verminderung von Kosten**

Zum einen führt ein höherer Ertrag zu einer Verminderung von Kosten. Zum anderen kann dies dadurch erreicht werden, dass der Boden weniger mechanisch bearbeitet werden muss. Das führt nämlich dazu, dass sowohl weniger Treibstoff verbraucht wird, als auch weniger Maschinen und Arbeitskräfte eingesetzt werden müssen.

## **3. Produktion von Glyphosat**

Im Jahr 2000 sind die Patente auf Glyphosat abgelaufen. Inzwischen gibt es über 90 Chemieunternehmen, die Glyphosat herstellen, davon über 50 in China, einige in Indien und den USA.

Weltweit werden über 850.000 Tonnen Glyphosat produziert, über 40% in China. In Deutschland werden ca 6.000 Tonnen auf rund 40% der Ackerfläche eingesetzt.

## 4. Interessenkonflikte

Natürlich müssen Interessenkonflikte geprüft werden. Diese sind aber nicht nur in Forschungsinstituten, der Industrie und Konzernen zu suchen, sondern auch bei der Bio-Branche, Anti-Gentechnik-Aktivistinnen und NGOs. Ein Fehlverhalten aufgrund von Interessenkonflikten konnte bei Gentechnik- und Glyphosatgegnern nachgewiesen werden. So waren an der IARC-Studie Anti-Gentechnik-Aktivistinnen beteiligt. Bei Herrn Portier, einem externen Berater der IARC, in deren Studie Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft wurde, wurden nachweislich Interessenkonflikte festgestellt. Ob er die erforderliche wissenschaftliche Kompetenz für diese Aufgabe hatte, ist daher fraglich. Die im Jahr 2012 veröffentlichte Studie von Gilles-Éric Séralini zum Zusammenhang zwischen Glyphosat und Tumoren bei Ratten musste deshalb zurückgezogen werden, weil methodische Mängel nachgewiesen werden konnten.

Insbesondere möchten wir der Tendenz entgegenwirken, welche Universitäten und Forschungsinstitute wie das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) oder das Robert-Koch-Institut – und somit die Wissenschaft allgemein – unter den Generalverdacht der Unterwanderung durch Lobbyisten stellt. Solche Vorwürfe müssen von den Kritikern bewiesen werden.

**Interessenkonflikte müssen geprüft und Vorwürfe bewiesen werden.**

## 5. Zusammenfassung

Glyphosat hat eine geringere Toxizität gegenüber Menschen, Insekten und anderen Tieren als sonstige Herbizide. Es ist sehr effektiv, lässt sich biologisch schneller und leichter abbauen als herkömmliche Unkrautvernichtungsmittel, driftet weniger ab und schützt die Biodiversität, da es nur bei grün wachsenden Pflanzen wirkt, der Boden nicht gepflügt werden muss und theoretisch weniger kleinere landwirtschaftliche Flächen bestellt werden müssten. Mit Glyphosat können Landwirte die Ackerflächen fast ganzjährig begrünen ohne zu pflügen, und zwar ohne dass das Unkraut überhand nimmt.

Alles in allem ist es unverantwortlich, auf einem Verbot von Glyphosat zu bestehen.

Natürlich können aufgrund von politischer Orientierung unterschiedliche Gewichtungen gegenüber Studien vorliegen und zu unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen führen.

Wir lehnen politische Willkür ab. Vor allem möchten wir nicht, dass wissenschaftliche Erkenntnisse und Fakten ignoriert und stattdessen auf Ängste gesetzt wird, die sich über die Jahre durch Desinformation in der Bevölkerung festgesetzt haben.

Gesetze können wir ändern, Naturgesetze nicht.

## 6. Unsere Forderungen

Wir fordern daher,

- dem Verbotsantrag für Glyphosat im EU-Parlament nicht zuzustimmen,
- Glyphosat zur Steuerung des Erntetermins oder zur Optimierung des Drusches zuzulassen
- die Studie von IARC bei politischen Entscheidungen nicht mit einzubeziehen sowie
- die Forschung auf diesem Gebiet zu fördern.

Gesetze können wir ändern,  
Naturgesetze nicht.